



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/64 - 16. März 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 039 890

Hinweise

auf den Inhalt:

Die berufliche Gliederung der Parlamente	S. 1
Die Schwächen der SEATO	S. 3
Nachwort zu einer Wahlversammlung	S. 6

---

## Das Parlament - ein Spiegelbild des Volkes?

U.L. Die Wahlen zum Landtag von Baden-Württemberg haben viele politische Kommentare ausgelöst. Fast unbemerkt geblieben wäre dabei die Zusammensetzung des neuen Landtags, die in vieler Hinsicht der Struktur anderer Parlamente in der Bundesrepublik Deutschland ähnelt und zu einigen sehr ernsthaften Überlegungen zwingt. Die Angehörigen der freien Berufe und die Arbeiter sind im Landtag von Baden-Württemberg zahlenmäßig am schwächsten vertreten. Stärker schon sind die Gruppen der Angestellten und Landwirte, und die stärkste Gruppe ist die der Beamten mit fast einem Viertel der Abgeordneten, nicht gefolgt von der "Fraktion" der Bürgermeister.

Was bedeuten diese Zahlen? Sie zeigen zunächst, dass die Zusammensetzung des Parlaments der soziologischen Struktur der Bevölkerung keineswegs entspricht und dass auch die Aufgliederung nach politischen Parteien von Gruppenbindungen anderer Art eingeschränkt und teilweise überlagert wird. Man hat gegen die allzustarke Vertretung von Beamten im Parlament eingewandt, es sei auf die Dauer ein Unding, wenn auf diese Weise etwa ein Gemeindefeldleiter oder ein Regierungsrat Kontrollbefugnisse über denselben Minister erlange, dem er in seiner Eigenschaft als Beamter nachgeordnet sei. Wir halten von diesem Argument nicht viel, denn es ist nicht einzusehen, warum ein Beamter nicht Abgeordneter werden und die Geschicke seines Landes mitentscheiden soll. Dass er während dieser Zeit eigentlich in den Wartestand versetzt werden sollte, versteht sich am Rande, ist aber praktisch wenigstens in - 2 -

den Landtagen kaum durchführbar.

Forscht man einmal danach, welches gemeinsame Merkmal die Situation der im Parlament am stärksten vertretenen Gruppen zeigt, so ist es dies: sie haben Zeit, vor allem die Beamten und die Gewerkschafts- oder Industriefunktionäre. Ihre Bezüge laufen weiter, während es den Angehörigen der freien Berufe, den Landwirten oder den Arbeitern sehr viel schwerer fällt, sich zeitlich freizumachen, ohne dadurch empfindliche Verluste materieller Art hinnehmen zu müssen. In dieser Entwicklung zeigt sich die seit langem zu beobachtende "Verbeamtung" der Parlamente. Die Kompliziertheit des gesellschaftlichen Betriebes, der Umfang der zu leistenden gesetzgeberischen Arbeit und die politische Verflochtenheit des Abgeordneten mit Organisationen und Parteien zwingen ihn dazu, seiner Tätigkeit im Parlament sehr viel mehr Zeit und Aufmerksamkeit zuzuwenden, als dies einer nebenberuflichen Aufgabe entspricht.

Der Druck dieser Tatsache ist offenbar so stark geworden, dass sich von hier aus die Auswahl der Abgeordneten durch die politischen Parteien und damit die Zusammensetzung der Parlamente in beruflicher Hinsicht weitgehend "von selber" ergibt. Wer seine Interessen hinreichend vertreten sehen will, muss seine Leute dazu in die Lage versetzen, er muss ihnen Zeit geben und sie ausserdem dafür bezahlen. Es kommt hinzu, dass genügend Zeit für die Ausübung einer Abgeordnetentätigkeit eine wesentliche Voraussetzung für ein zweites Erfordernis parlamentarischer Arbeit ist. Zeit erst ermöglicht die Aneignung der unerlässlichen Sachkenntnis, die vor allem für die Arbeit in den Ausschüssen notwendig ist. Ohne Sachkenntnis hat der Abgeordnete keine Chance, in seiner Fraktion und damit im Parlament einen nennenswerten Einfluss zu gewinnen, denn zündende Volkereden allein tun es nicht mehr. Die Spezialisierung der parlamentarischen Arbeit geht Hand in Hand mit der fortschreitenden Aufgliederung des Arbeitsprozesses unsere Gesellschaft, und dieser Prozess wird sich nicht aufhalten lassen. Es werden in Zukunft mehr Zeit, umfangreichere Sachkenntnis und grössere finanzielle Unabhängigkeit erforderlich sein, als dies schon heute der Fall ist.

Was folgt aus diesen Überlegungen? Geht man von der These aus, dass die Meinungsbildung in den Parlamenten die Vielfältigkeit der modernen Gesellschaft widerspiegeln und in den Entscheidungen berücksichtigen soll, dann ist die heutige, bestimmte Berufs- und Funktionsgruppen be-

vorzugende Zusammensetzung der Parlamente ein Übel, dem alle Parteien entgegenwirken sollten. Hier wie z.B. bei dem Phänomen der Bürokratie handelt es sich um gesellschaftliche Gegebenheiten und Prozesse, denen sich die Demokratie als Ganzes gegenübersteht. Wir sollten daraus die Konsequenz ziehen, dass jeder Kandidat für das Mandat eines Abgeordneten Zeit haben muss, Sachkenntnis besitzen oder sich schnell aneignen kann und finanziell für seine parlamentarische Tätigkeit wirklich freigestellt werden muss. Schaffen wir diese drei Voraussetzungen für jeden möglichen und befähigten Kandidaten nicht, dann werden unsere Parlamente immer mehr zu Versammlungen von Menschen und Gruppen, die über diese Voraussetzungen, aus welchen Gründen auch immer, als Privileg verfügen. Das kann uns unversehens mit einer Situation konfrontieren, die die Demokratie zwar formal unverändert lässt, sie der Sache nach aber einengt auf sehr begrenzte gesellschaftliche Schichten. Wir sollten überlegen, wie das zu vermeiden ist.

\* \* \*

#### "Unternehmen 'Papp-Tiger' "

Dr.R. SEATO und Bagdadpakt sind Gründungen von Dulles. Beide haben dem amerikanischen Aussenminister den Ruf des Faktomanen eingebracht, weil er das Schwergewicht auf die militärische Seite solcher Organisationen legt. Das hatte auch der französische Aussenminister Pineau veranlasst, seine Attacke gegen die einseitige Politik der Westmächte während seines Aufenthaltes in Asien fortzusetzen und sie auch auf SEATO auszuweiten. Doch ist die Beurteilung in der Welt über SEATO nicht einhellig. In Rotchina nannte man das ganze Unternehmen "Papptiger", weil keine ernstzunehmende militärische Kraft dahinter steht. Pineaus Angriff dagegen besagt, dass militärische Absprachen durch reale Hilfen zur Besserung des Lebensstandards ersetzt werden sollen. Dulles erwiderte, dafür gebe es genügend Institutionen, und er nannte den Colomboplan, die Weltbank, das Punkt-Vier-Programm und andere. Sein derzeitiges Interesse zielt auf militärische Zementierung des sehr losen Bündnisses.

Die acht SEATO-Staaten sind in der Mehrheit "weisse" Staaten. Zum südöstlichen Raum gehören eigentlich nur Thailand und die Philippinen; in beiden wird es mit der politischen und demokratischen Freiheit nicht genau genommen. Pakistan schliesslich ist viel mehr ein mittelöstliches Land als ein südöstliches. Ausserdem sieht es in der SEATO mehr eine Unterstützung seiner eigenen Ansprüche auf Kaschmir gegenüber Indien -4-

als eine Organisation, in der auch ein pakistanischer Beitrag zur Verteidigung des Südostens erwartet wird.

Im Sinne seiner Doktrin erwartete Dulles von der Konferenz, die kürzlich in Karatschi stattfand, die Einrichtung eines gemeinsamen Oberkommandos, eines Sekretariats und klarer militärischer Absprachen, um aus dem Papptiger einen echten zu machen. Mit dem Oberkommando ist er nicht durchgedrungen, auch nicht bei seinem britischen Kollegen Selwyn Lloyd, der dabei nicht nur an die beschränkten militärischen Mittel seines Landes dachte, sondern auch im Auge hatte, was Indien sagen könnte, wenn <sup>in</sup> Karatschi eine Armee geboren würde, mit der Pakistan in Zukunft seine Ansprüche gegen Neu Delhi verstärken könnte. So mag Selwyn Lloyd ein Stein vom Herzen gefallen sein, als er hörte, auch Pineau sei gegen Oberkommando und Wehrmachtbildung. (Seit dem Abzug aus Indochina ist eigentlich nicht mehr ganz klar, was Frankreich in einer Organisation für Südostasien noch zu suchen hat. Vor Dien-Bien-phu und seinen Folgen war darum auch Frankreichs Haltung zur SEATO ganz anders.

#### Waffen sind ein schlechtes Rezept

Die SEATO verpflichtet ihre Mitglieder, sich im Falle einer Aggression gegenseitig zu helfen. Nun ist ganz Asien - und mindestens auch halb Europa - davon überzeugt, dass eine Aggression im herkömmlichen Sinne nicht mehr droht, dass dagegen die Gefahr der kommunistischen Unterwanderung akut ist, wobei diese nicht nur politische Wege, sondern auch wirtschaftliche wählt. Dagegen fand die SEATO-Tagung kein Rezept, das vielleicht einzig Wirksame, die Besserung des Lebensstandards - die Menschen dieses weiten Gebietes, das sich unter Südostasien zusammenfassen lässt, haben mit geringen Ausnahmen nur Zweidrittel dessen zu essen, was der Mensch braucht, um nicht zu hungern und doch arbeitsfähig zu bleiben - ohne wirklich grosse Leistungen der freien und gesättigten Welt unmöglich ist. Zu solchen, viele Dollarmilliarden betragender Leistungen hat man sich jedoch nicht durchgerungen.

Eine weitere Schwäche der SEATO - selbst im Sinne ihres Gründers - ist, dass von den unmittelbar durch politischen und wirtschaftlichen Druck bedrängten Staaten die meisten abseits geblieben sind, Indien, Indonesien, Kambodscha, Laos, Vietnam, Südkorea. Darum konnte auch Karatschi dem Fakt kein neues Leben einhauchen. Ohne Transfusion ist das nicht zu machen; aber der lebenspendende Strom dürfte nicht aus - 5 -

Kanonen und Jägern bestehen, sondern aus Fabrikeinrichtungen, Getreide, Schulen.

SEATO könnte also schon für den zweifellos gefährdeten Südostraum das Lebenselixier werden. Doch nutzen dazu die alten Praktiken nicht mehr. Weil der amerikanische Außenminister auf diesem Ohr nicht hört, und weil seine Kollegen andererseits nichts taten, um seine Sehnsucht nach militärischen Absprachen zu realisieren, ist so wenig aus Karatschi herausgekommen. SEATO wird sich weiter hinschleppen, den Kommunisten als bequemes Angriffsobjekt dienen und effektiv nichts zu Verteidigung Südostasiens beitragen. So haben denn bis jetzt die kommunistischen Staatsmänner in Peking recht behalten, die das Wort vom "Papptiger" erfanden, nicht zum Vorteil der nichtkommunistischen Großmächte und ihres Ansehens in diesem neuralgischen Raum, der Vollbeschäftigung, steigende Wohlfahrt und soziale Gerechtigkeit so dringend wie kein zweiter braucht.

\* \* \*

#### SPD-Kongress "Mittelschichten"

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und die Bundesarbeitsgemeinschaft selbständig Schaffender in der SPD veranstalten am 10. Juni 1956 in den Messehallen in Köln einen Kongress über

"Die Mittelschichten in der modernen Gesellschaft".

Professor Weisser, Köln, spricht über die gegenwärtige Gesellschaftsstruktur, Dr. Joachim Schöne, M.d.B., über die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, Dr. Otto Heinrich Greve, M.d.B., referiert über die Lage der geistig Schaffenden, Frau Gertrud Lockmann, M.d.B., über die steuerliche Belastung der Gewerbetreibenden. Erwin Lange, M.d.B., beschließt die Tagung mit einem Bericht über die Tätigkeit der Arbeitsgruppe "Mittelschichten" in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion. Die Leitung des Kongresses, den ein SPD-Parteivorstandsmitglied einleitet wird, liegt in den Händen des Vorsitzenden des Wirtschaftspolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der SPD, Wirtschaftsminister Dr. Hermann Veit, und des Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft selbständig Schaffender in der SPD, Malermeister Arthur H. Busch, Hamburg.

\* \* \*

Randalierende "Christen"

M-S. Was sich nach gleichlautenden Agenturmeldungen dieser Tage wieder einmal in einer Münchner FDP-Versammlung ereignet hat, sollte nicht so sehr bagatellisiert werden. Zumindest jeder, der seinen christlichen Glauben ernst nimmt und wähnt, die CDU/CSU sei, was sie zu sein vorgibt, wirklich eine christliche Partei, müsste von solchem Geschehen geradezu alarmiert werden.

Die Münchner FDP veranstaltete eine Wahlversammlung. Also eine demokratische Partei; noch vor wenigen Wochen und fast sieben Jahre Regierungspartei in Bonn. Nicht etwa die Kommunisten oder Neonazisten. Als Sprecher war angekündigt der Parteivorsitzende der FDP, Dr. Thomas Dehler. Ein sehr streitbarer Herr, ein besonders aktives Mitglied im Verein für deutliche Aussprache; nicht selten vergaloppiert er sich in Form und Inhalt. Das alles sei unbestritten. Aber ebenso sicher ist Dr. Dehler ein ehrenwerter Mann. Er war immerhin vier Jahre Justizminister im Bundeskabinett des Herrn Dr. Adenauer. Er ist heute noch Bundestagsabgeordneter und Fraktionsführer der FDP.

Die Gegner Dr. Dehlers (also "Christen"!) hatten sich bereits vor Beginn der Versammlung truppenweise in Saal verteilt. Als Dr. Dehler sprach, hinderten ihn "christliche" Sprech-Chöre, sich denen verständlich zu machen, die gekommen waren, zu hören, was er zu sagen hat. Schliesslich kam es zu Räufereien zwischen Anhängern und Gegnern Dr. Dehlers; also zwischen "Christen" und "Nichtchristen". Die Polizei musste kommen. Die Feinde Dehlers, die "Christen", riefen im Chor: "Freimaurer raus!"

Ist diese Art "christlicher" Politik vielleicht ein Element christlicher Missionsaufgabe in der Welt? Oder gilt für sie das Wort von dem, der Ärgernis gab? Dr. Dehler hat sich bekanntlich den "heiligen" Zorn dieser randalierenden "Christen" mit seiner jüngsten Erklärung über das Hitler-Konkordat zugezogen. Er selbst hat erklärt, dass seine Hamburger Formulierungen hierzu unglücklich gewesen wären. Über den Abschluss eben dieses Konkordates schrieb ein katholischer Kirchenfürst, der Erzbischof von Freiburg, Dr. Conrad Gröber, im Jahre 1937: "Kirchenpolitisch bewies der Abschluss des Konkordates, dass zwei ihrem Wesen nach totalitäre Gewalten dennoch eine Einigung finden können".

Demnach ist die katholische Kirche wesensgemäss eine totalitäre -7-

Gewalt? Liegt die Besorgnis nicht sehr nahe, dass dann auch eine "christliche" Politik, deren Regie massgebend von den Angehörigen (in München sogar von Priestern) dieser Kirche besorgt wird, ebenso wesensgemäss in der ständigen Gefahr ist, in das Totalitäre abzugleiten? Das ist die beunruhigende Fragestellung nach der Münchner FDP-Versammlung mit randalierenden "Christen".

\* \* \*

#### Hauptmann Noell und die "Diffamierung"

Ein Sprecher der Deutschen Partei, der Abgeordnete Schneider, hat es im Verlauf der Wehrdebatte im Bundestag für nötig befunden, aus durchsichtigen Gründen wieder einmal von der "Diffamierung der deutschen Soldaten" des zweiten Weltkrieges zu reden, die angeblich auch heute noch kein Ende gefunden habe. Nur wenige Tage später hat das Schwurgericht Darmstadt den ehemaligen Hauptmann der Wehrmacht, Noell, und seinen Feldwebel zu drei und zwei Jahren Gefängnis wegen Beihilfe zur Tötung verurteilt. Dieser Hauptmann hat - um es kurz zu sagen - im Winter 1941 die jüdische Bevölkerung eines Dorfes bei Smolensk, einschliesslich der Kinder, aus ihren Häusern treiben und am Dorfrand erschossen lassen. Wie ehemalige hohe Offiziere aussagten, kam der Befehl dazu von einer nicht autorisierten Stelle (vom Bataillon!) - und ausserdem lag keine militärische Veranlassung für einen kriminellen Massenmord dieser Art vor.

Wir sind der Meinung, dass mit der Diffamierung der ehemaligen deutschen Soldaten - der Millionen nämlich, die anständig geblieben sind wirklich aufgehört werden sollte. Dazu gehört, dass man mit den Verallgemeinerungen aufhört. Eine davon ist die von der Diffamierung "der" deutschen Soldaten. Wer sauber war, konnte sowieso nicht diffamiert werden. Wer aber Mörder mit den Anständigen in einen Topf wirft und von "der Wehrmacht" spricht - der diffamiert genau so, wie es der ehemalige Hauptmann Noell und seine Kumpane getan haben.

\* \* \*

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau